

SPD demokratischer pressediens

P/XXIX/31

13. Februar 1974

Sozialdemokraten einig im Kampf für die Demokratie

Ein Vorwort für die Verfassungsdebatte des Bundestages

Von Wolfgang Roth
Mitglied des SPD-Parteivorstands

Seite 1 / 41 Zeilen

Das Nein der CDU/CSU zur Entspannung

Ablehnung der NV-Vertrags-Ratifizierung nicht zu verantworten

Von Alfons Pawelczyk MdB
Mitglied des Verteidigungsausschusses des Bundestages

Seite 2 und 3 / 89 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Willy Brandt zehn Jahre Vorsitzender der SPD

Seite 4 und 5 / 83 Zeilen

- * * Sollten sich durch Streik-Auswirkungen Verzögerungen in der Postzustellung unseres Dienstes
- * * ergeben, so bitten wir um Verständnis für die
- * * verspätete Zustellung.

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg

Sozialdemokraten einig im Kampf für die Demokratie

Ein Vorwort für die Verfassungsdebatte des Bundestages

Von Wolfgang Roth

Mitglied des SPD-Parteivorstands

Seit dem Münchner Kongreß der Jungsozialisten findet eine heftige Diskussion über das künftige Verhältnis zwischen Jungsozialisten und Gesamtpartei statt. Einige wollten offenbar den Ausschlußknüppel zücken. Der Parteivorstand hat hier einen Riegel vorgeschoben, als er eine ausführliche Diskussion mit dem Bundesvorstand der Jusos und eine Stellungnahme zu jedem einzelnen wichtigen Beschluß von München als notwendig bezeichnete. Unlogisch war jedoch, daß es sich der Parteivorstand in seiner Mehrheit nicht mehr nehmen ließ, eine Vorwegstellungnahme zu beschließen, die naturgemäß mehr Fragen offen läßt als beantwortet. Besonders nachteilig ist, daß der Beschluß Abgrenzungen enthält, die keine Position der Jungsozialisten treffen, jedoch dem politischen Gegner Spielraum für derartige Unterstellungen bieten. Entscheidend bleibt trotzdem, daß der Parteivorstand jede Ausschlußstrategie ablehnte.

Für das weitere Verhältnis zwischen Jungsozialisten und Gesamtpartei ist entscheidend, ob sich eine gegenseitige Solidarität herausbildet. Hier ist eine Vorleistung der führenden Funktionäre der Gesamtpartei notwendig. Sie müssen die Arbeitsgemeinschaft vor diffamierenden Angriffen in Schutz nehmen. Davon ist derzeit wenig zu spüren. Der Parteivorsitzende der CDU, Dr. Helmut Kohl, behauptet in diesen Tagen, daß bei den Jungsozialisten "der Kampf gegen tragende Prinzipien unseres Verfassungsstaates kaum noch verhüllt wird". Die SPD schweigt dazu. Es ist leicht zu verstehen, daß solidarisches Verhalten schwinden muß, wenn derartige Ungeheuerlichkeiten, die nichts anderes als Vorbereitung zur politischen Ausmerzung sind, unbeantwortet bleiben.

Man wird sagen, "Vorbereitung zur politischen Ausmerzung" sei überzogen. Dem ist zu widersprechen. Wer unsere Verfassung kennt, weiß, daß sie aktive Kämpfer gegen Prinzipien der Verfassung nicht gewähren lassen will. In dieser Woche werden in der Verfassungsdebatte im Bundestag von der CDU/CSU sicher vergleichbare Unterstellungen verbreitet, die die Jungsozialisten außerhalb der Verfassung stellen sollen. Das künftige Verhältnis zwischen Gesamtpartei und Jungsozialisten wird nicht zuletzt durch die Entschiedenheit bestimmt, mit der sich die Genossen aus Bundestagsfraktion und Regierung gegen derartigen politischen Rufmord stellen.

Unabhängig vom eigenen Standort muß klar werden, daß das Grundgesetz keinen als soziale Marktwirtschaft verbrämten Kapitalismus der multinationalen Konzerne vorschreibt, sondern daß Vergesellschaftung, Gemeineigentum und Sozialisierung durchaus verfassungsgemäß sind. Durch diese entschiedene Stellungnahme wird die heftige und demokratische Diskussion der SPD über die Zweckmäßigkeit dieser Maßnahmen nicht vorentschieden. In der Verfassungsdebatte einigt alle Sozialdemokraten, ob sie daneben in der AfA, bei den Jusos oder im Parlament arbeiten, daß sie davon ausgehen, daß der Verfassungsauftrag, einen sozialen und demokratischen, rechtsstaatlich handelnden Staat zu entwickeln, unerfüllt ist.
(-/13.2.1974/bgy/pr)

+ + +

Das Nein der CDU/CSU zur Entspannung

Ablehnung der NV-Vertrags-Ratifizierung nicht zu verantworten

Von Alfons Pawelczyk MdB

Mitglied des Verteidigungsausschusses des Bundestages

Prof. Karl Carstens wandelt auf Barzele Spuren. Eine Einigung der Fraktion in wichtigen außenpolitischen Fragen bringt auch der neue CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende nicht zustande. Am 20. Februar 1974 wird der Bundestag mit Mehrheit den NV-Vertrag verabschiedet. Ein großer Teil der Opposition wird die Realitäten außer acht lassen und dagegen stimmen: Strauß, nicht Carstens ist der Chef.

Wir warnen die Nein-Sager der Opposition, Schwächen in den Vertrag hineinzureden, die er nicht enthält. Es kann nicht Aufgabe der Opposition sein, Verträge leichtfertig zu beschädigen. Aufgrund unserer geographischen Lage dürfen wir weniger als andere sicherheitspolitische Experimente versuchen. Schlitzohrige oder gar dumme Äußerungen zum Für oder Wider einer nationalen nuklearen Streitmacht dürften wir uns nicht leisten. Seitdem die Bundeswehr besteht, hat der CSU-Vorsitzende Strauß sich nie eindeutig gegen die nationale Verfügungsgewalt erklärt. Deshalb frage ich, verbirgt sich hinter dem Nein wirklich nur die Sorge um die europäische Option, oder soll auch die nationale Option offen gehalten werden? Im August 1973 hatte der CSU-Fraktionsvorsitzende im bayerischen Landtag, Dr. Seidl, unter anderem gefordert: "Kommt es in angemessener Frist nicht zu einer europäischen Nuklearstreitmacht, dann muß jede Bundesregierung ihrerseits die Ausrüstung der Bundeswehr mit Kernwaffen in Erwägung ziehen." Dr. Seidl scheint im Auftrage seines Parteivorsitzenden gehandelt zu haben.

Das wesentlichste Ziel des NV-Vertrages, die Zahl der Kernwaffenstaaten so klein wie möglich zu halten, würde bei einer Ablehnung im Bundestag durch die Bundesrepublik Deutschland ernsthaft gefährdet. Die Nichtverbreitung erweitert weltweit die Basis der Sicherheit. Je mehr Staaten Kernwaffen besitzen, desto unvorhersehbarer sind die Folgen für die internationale Sicherheit. Jeder zusätzliche Staat, der über Kernwaffen verfügt, ist ein weiteres Zentrum unabhängiger Entscheidungen über die Verwendung solcher Waffen. Die internationalen Beziehungen würden schwieriger und gefährlicher. Die Intensität der gegenseitigen Bedrohung nähme zu. Der verstorbene SPD-Fraktionsvorsitzende Fritz Erler hatte in der Debatte vom 10. Mai 1957 gesagt: "Ich glaube, die Atomwaffen bekommt man nicht mehr aus der Welt. Deshalb müssen sie unter Kontrolle gehalten werden. Ernsthaftige Abrüstungsvereinbarungen können nur zustandekommen, wenn Atomwaffen nicht allgemein auf dem Erdball verteilt werden."

Rüstungskontrolle und Abrüstung, zwei Schlüsselbegriffe, sind heute konkretisiert. SALT, KSZE und MBFR sind erste Ergebnisse. Seit Ende der 50er Jahre wurden sieben multilaterale Übereinkommen auf dem Gebiet der Abrüstungs- und Rüstungskontrolle und sieben bilaterale Verträge zwischen USA und Sowjetunion geschlossen. Weit vorausschauend hatte Erler damals eine Abrüstungsabteilung im

Auswärtigen Amt gefordert. Dadurch konnten Denkmodelle angeregt werden, die Politikern und Wissenschaftlern Gelegenheit gaben, sich an realistische Voraussetzungen für eine erfolgreiche Rüstungskontroll- und Abrüstungspolitik heranzutasten.

Der NV-Vertrag ist zu einem wichtigen Baustein der Ost-West-Beziehung geworden. Wir, die heute zu entscheiden haben, dürfen die Hauptfrage nicht aus dem Blickfeld verlieren. Auch wenn man unterstellt, daß der Beitritt zum NV-Vertrag eine europäische Option gefährdet, so ist die Frage, ob sich durch Nichtratifizierung an diesem Tatbestand etwas zu unserem Vorteil ändert, eindeutig mit Nein zu beantworten. Die Bundesrepublik Deutschland behalte theoretisch die Möglichkeit zu bilateralen oder multilateralen nuklearen Gemeinschaftelösungen mit Staaten, die dem NV-Vertrag nicht beigetreten sind. Das Offenhalten dieser Möglichkeit hat aber keine praktische Bedeutung. Die Beziehung zu unseren Bündnispartnern besonders zu den USA, auf deren Schutz wir angewiesen sind, würde dagegen schwer belastet. Ebenso wäre unser Verhältnis zu den osteuropäischen Staaten einer Belastung unterworfen, die sich in keiner Weise von der Zeit des Kalten Krieges unterschiede. Errecherend käme hinzu, daß wir nicht mehr auf die geschlossene Unterstützung unserer Bündnispartner rechnen könnten. Die Nichtratifizierung bedeutet das Ende der Entspannungspolitik, auf jeden Fall für die Bundesrepublik. Man kann den NV-Vertrag nicht aus dem Entspannungsprozeß herauschneiden.

Den Gegnern sei weiter zu bedenken gegeben, daß die Sicherheitspolitik nicht vor allem ein militärisches Problem ist. Haben die Nein-Sager auch die Konsequenzen für unsere Energiepolitik bedacht? Für die Bundesrepublik wäre die Kernbrennstoffzufuhr gefährdet. Was das bei der allgemein bekannten Energieknappheit bedeutet, braucht nicht näher erläutert zu werden.

Der NV-Vertrag hat nicht Europa zum Inhalt. Ein Spannungsverhältnis zum europäischen Einigungsprozeß ist deshalb viel eher durch MBFR-Ergebnisse zu erwarten. Aber auch hier kann man die Gegner beruhigen. Die Bundesregierung hat durch ihren Delegationsleiter zu Beginn der MBFR-Verhandlungen in Wien unter anderem erklären lassen: "Die Ergebnisse müssen mit den Ansichten für den Ausbau und die Vertiefung der Europäischen Gemeinschaft in Einklang stehen."

Der NV-Vertrag verbietet die nationale Verfügungsgewalt über Nuklearwaffen. Wir streben sie nicht an; deshalb werden wir dem Vertrag zustimmen. Der Vertrag hält die europäische Option offen; deshalb werden wir dem Vertrag zustimmen. Der Vertrag gibt der Sowjetunion kein einseitiges Mitspracherecht in Angelegenheiten der westeuropäischen Sicherheitspolitik; deshalb werden wir zustimmen. Das Verifikationsabkommen sichert die Belieferung der Bundesrepublik mit spaltbarem Material für die Energiegewinnung. Die ausgehandelten Bedingungen sind fair. Deshalb stimmen wir zu.

Die Gegner sollten ihren Standpunkt überprüfen. Denn: Lehnt die Bundesrepublik die Ratifizierung ab, gewinnt sie nichts zugunsten einer europäischen Option. Sie verliert dagegen alles, was sie in dem westeuropäischen Einigungsprozeß investiert hat. Genau dieser Tatbestand würde es der Sowjetunion erlauben, den Einfluß über die Bundesrepublik zu gewinnen, der von den Vertragsgegnern befürchtet wird.

(-/13.2.1974/ks/pr)

+ + +

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Willy Brandt zehn Jahre Vorsitzender der SPD

Die Sozialdemokraten, die am 16. Februar 1964 auf einem Außerordentlichen Parteitag mit 320 von 330 abgegebenen gültigen Stimmen den Berliner Regierenden Bürgermeister Willy Brandt als Nachfolger des verstorbenen Erich Ollenhauer zum neuen Vorsitzenden ihrer Partei wählten, haben sich nicht geirrt. Wer meinte, nun werde ein "perfekter Oberfunktionär" die Partei führen, der wußte nicht von diesem Manne, der in Berlin längst die Akzente seiner politischen Überzeugung und seines Willens gesetzt hatte.

Diese politische Partei war in Deutschland in einem für die Nation lebenswichtigen Widerstand gegen eine herrschende Gesellschaftsschicht entstanden und gewachsen. Sie war durch Jahrzehnte zur Opposition gezwungen worden. Zur politischen Mitverantwortung gewillt und gelangt, brauchte sie mehr als jede andere Partei an ihrer Spitze Männer und Frauen, die zu der Fähigkeit, eine Organisation zu führen, vor allem Willen und Kraft hinzufügten, neue Ziele zu erkennen und Wege zu finden, die zu sozialer Gerechtigkeit und zur Freiheit des souveränen Bürgers führten. Die Sozialdemokraten können auf ihre führenden Persönlichkeiten stolz sein.

"Wir sind nicht konservativ, weder gegenüber Ideen noch Personen. Die Tatsache, daß unsere große politische Linie durch die Geschichte gerechtfertigt worden ist, trübt uns nicht den Blick dafür, daß wir vieles neu erkennen und mit vielen neuen Mitteln erkämpfen müssen." Mit diesem Zitat aus einer Rede, die Dr. Kurt Schumacher im Oktober 1945 in Hannover gehalten hatte, begann Willy Brandt sein Dankeswort an den Parteitag, der ihn im 101. Jahr der Geschichte der SPD gewählt hatte. Er fügte etwas später in dieser Rede hinzu: "Willy Brandt hat sich nicht pro forma zum Vorsitzenden dieser Partei wählen lassen; sein Mandat erstreckt sich auf die politische Gesamtverantwortung. Staatsamt und Parteiamt dürfen in der Demokratie kein Gegensatz sein".

Mit diesen beiden Sätzen hatte er ein politisches Programm umgrenzt, das die Frage beantwortete, wo Deutschland, wo die Sozialdemokraten 1964 standen, und was zu tun nötig war. Der Wandel zur politischen Aktionspartei, welche nicht die Demonstration oder Proklamation als Vollendung politischer Arbeit betrachtete, sondern erst den Erfolg als Bestätigung wertete, war bereits begonnen worden. Aber Brandt hat denn wie keiner vor ihm diesen Weg in der Innen- und in der Außenpolitik breit ausgebaut im Wissen darum, "woher wir kommen, wer wir sind und wer uns trägt".

Das Godesberger Programm, vor fünf Jahren beschlossen, hatte eine lange Diskussion um Standort und Zielaetzung zusammengefaßt, aber es hatte keinesfalls eine doch niemals endende Entwicklung als abgeschlossen betrachtet. Es hatte erneut bestätigt, daß es "überall und jederzeit von den geschichtlich vorliegenden Umständen abhängt", was eine solche Dokumentation auszusagen hat (Marx/Engels, 1872). Brandt bestätigte es, indem er sich zu "viel Lebendigkeit

in unseren Reihen" bekannte und hinzufügte: "Aber ich werde die Einheit der Partei hüten wie meinen Augapfel", denn: "Die Kraft der Partei ist so groß wie die Summe des Willens und der Ideen von uns allen".

Von uns allen! Nicht ohne Absicht stehen diese Zitate hier bereit, den Vorsitzenden und die Partei an ihnen zu messen. Sie können beide vor der redlichen Prüfung bestehen. Wer es recht und ohne verzerrende Polemik bedenkt, der muß erkennen, daß der Partei aus dem so geführten geistigen Ringen große politische Kraft zugeflossen ist. Die Lebendigkeit der Diskussion, mag sie auch überschäumend geführt worden sein, wurde eine fruchtbare Hilfe für die Reformarbeit, die zu leisten war. Die Heftigkeit und Unermüdlichkeit, mit der die heutige Opposition in den letzten Monaten gerade diesen Reformwillen und die Tätigkeit der Regierung bekämpft, ist ein deutlich sprechendes Zeugnis für den Erfolg der Koalition, die der Kanzler Willy Brandt führt.

Zu der Zeit, als Brandt an die Spitze der Sozialdemokratischen Partei gerufen wurde, zeigte es sich in der Außenpolitik, daß kein anderer Teil der demokratischen Welt mehr als die Bundesrepublik aufgerufen schien, eine neue Politik des Ausgleichs mit dem von der Sowjetunion geführten Staatenblock zu verwirklichen. Appelle der Vereinigten Staaten, Ratschläge anderer westlicher Freunde, diese Politik aufzunehmen und zu unterstützen, fanden bei der Bundesregierung zu jener Zeit so gut wie keinen Widerhall. Man mußte endlich über billige Proklamationen hinausgelangen. Das war auch eine für Deutschland lebenswichtige und vordringliche Aufgabe. Die Partei, der Brandt vorstand, bot aus Geschichte und Haltung, die sie in entscheidenden Stunden bezeugt und die ihr den Respekt der demokratischen Welt gesichert hat, den festen Boden zu damals gewagt erscheinendem aber notwendigem Handeln.

Als Außenminister und dann als Kanzler hat Willy Brandt seine Positionen für diese Ostpolitik, die in Wahrheit Weltpolitik wurde, genutzt, die längst fällig geworden war, für deren Verwirklichung aber den regierenden konservativen Kräften in Deutschland allzu viele Voraussetzungen fehlten. Die Sozialdemokratie hat kaum Nutzen aus dieser mühevollen Arbeit gehabt, wohl aber das Land, die Menschen in allen Teilen Deutschlands. Die Chance, den Frieden nicht nur für unsere Zeit zu erhalten, wurde spürbar größer. Das haben außer den Sozialdemokraten auch viele Menschen in anderen Parteilagern begriffen. Es gelang Brandt, das Vertrauen, das ein kritisch wertendes Ausland lange Zeit nur der Person des ersten Kanzlers gewährte, und das dem Sozialdemokraten im Inland und Ausland immer erkennbarer zuwuchs, auf die Bundesrepublik Deutschland und ihre demokratische Wirklichkeit zu übertragen, ein außerordentlicher und vielleicht der größte Gewinn für Gegenwart und Zukunft dieses Landes und Volkes.

Man kann wohl heute gewiß sein, daß aus der Bundesrepublik Deutschland kein zweites Weimar wird, weil Vernunft sich durchsetzt und weil ein lebendiges Vorbild der Leistung in Staat und Partei, das dieser Mann gegeben hat, eine prägende Kraft besitzt, die jenseits aller Grenzen wirkt.

Fritz Sängler
(-/13.2.1974/ka/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Erhardt Eckert